

Wie die Sanierung der AHV gelingt

Trotz der geplanten AHV-Reform: Spätestens in zehn Jahren braucht es ein höheres Rentenalter

Albert Steck

In den nächsten Monaten stellt die Politik die Weichen für die Zukunft der AHV. Ohne Reform droht dem wichtigsten Schweizer Sozialwerk ein Loch in dreistelliger Milliardenhöhe. Im positiven Fall dagegen bleibt die finanzielle Balance zumindest für die nächsten zehn Jahre gesichert.

Mitte September stimmt der Nationalrat über den sogenannten AHV-Steuer-Deal ab, den der Ständerat im Juni beschlossen hat. Dabei soll die AHV, als Ausgleich zu den tieferen Unternehmenssteuern, pro Jahr 2 Mrd. Fr. an zusätzlichen Einnahmen erhalten. Mitte Oktober endet zudem die Vernehmlassung zur AHV-Reform des Bundesrats. Die Kernpunkte sind eine Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 sowie eine höhere Mehrwertsteuer.

Eine Million mehr Rentner

Bei der AHV stehen die Zeiger auf fünf vor zwölf. Das zeigt eine Projektion der AHV-Finzen bis 2045, welche die Firma Hinder Asset Management in Zürich erstellt hat. Ohne Reform summiert sich das Defizit auf 220 Mrd. Fr. (vgl. Grafik). Die Rechnung basiert auf der optimistischen Annahme, dass die Wirtschaft um jährlich 1,8% wächst, die Löhne real um 0,5% ansteigen und die Zuwanderung netto 41 000 Personen im Jahr erreicht. Somit könnte das Defizit auch deutlich grösser ausfallen.

Dass die AHV finanziell in die Klemme gerät, liegt an der höheren Lebenserwartung sowie an der Generation der Babyboomer, welche nun ins Rentenalter kommt. Die Zahl der über 65-Jährigen steigt von derzeit 1,6 auf 2,6 Mio. im Jahr 2045. Dadurch wachsen die jährlichen Rentenausgaben von 42 Mrd. auf über 70 Mrd. Fr.

Doch wie lässt sich die AHV sanieren? Die Experten von Hinder Asset Management haben mehrere Szenarien durchgerechnet. Ganz ohne Sparmassnahmen würde das Defizit verschwinden, wenn pro Jahr 35 000 zusätzliche, vor allem junge Arbeitskräfte einwandern. Realistisch ist dies allerdings nicht - schon

mit einer angenommenen Zuwanderung von 41 000 Personen steigt die Bevölkerung von heute 8,5 Mio. bis 2045 auf 9,7 Mio.

Eine weitere Extremlösung ist das Szenario einer Rentenkürzung: Sinken die Leistungen der AHV stufenweise um 16%, so wäre der Fehlbetrag ebenfalls beseitigt - politisch wäre eine solche Massnahme jedoch chancenlos.

Auf zunehmende Akzeptanz stösst dagegen der Vorschlag eines höheren Rentenalters. Laut einer neuen repräsentativen Umfrage der Thurgauer Industrie- und Handelskammer könnte sich rund die Hälfte der Bevölkerung eine Anhebung des Pensionsalters auf 66 für beide Geschlechter bis im Jahr 2032 vorstellen.

Auf diese Weise könnte die AHV bei den Ausgaben sparen, während gleichzeitig ihre Einnahmen steigen, weil die Arbeitnehmer länger einzahlen. Laut den Berechnungen von Hinder Asset Management würde eine sukzessive Erhöhung des Rentenalters bis 2025 auf 67 genügen, um die erste Säule ohne zusätzliche Einsparungen bis im Jahr 2045 finanziell im Lot zu halten.

Die nun geplanten Reformen setzen den Hebel dagegen bei den Einnahmen an. Der AHV-Steuer-Deal will die Arbeitnehmer stärker zur Kasse bitten. Über eine Erhöhung der Lohnbeiträge von 8,4 auf 8,7% sollen der ersten Säule pro Jahr 1,2 Mrd. Fr. zufließen.

Blockade bei der AHV

Seit 20 Jahren herrscht Stillstand

Die letzte AHV-Reform datiert aus dem Jahr 1997. Sie führte zu einem Anstieg des Frauenrentenalters von 62 auf 64. Im Gegenzug profitierten die Frauen vom neu eingeführten Splitting der Renten, der hälftigen Aufteilung des Einkommens unter den Ehepartnern. Zur Finanzierung der AHV stieg die Mehrwertsteuer um 1%.

Seither sind sämtliche Reformvorlagen gescheitert. Weil der Spardruck aber ständig

Weitere 0,8 Mrd. Fr. sollen aus der Bundeskasse hereinkommen. Heute zahlt der Staat jährlich 11 Mrd. Fr. an die AHV, die Lohnbeiträge steuern 31 Mrd. Fr. bei.

Zusätzlich plant der Bundesrat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7%, was der AHV zu Einnahmen von 2 bis 2,5 Mrd. Fr. verhilft. Damit würde die lebenslange Steuerlast für eine junge Person um etwa 20 000 Fr. ansteigen. Bei einer Ablehnung des AHV-Steuer-Deals soll die Mehrwertsteuer gar um 1,5% steigen.

Frauen arbeiten bis 65

Schliesslich will der Bund das Rentenalter der Frauen um ein Jahr auf 65 anheben. Dies verbessert die Bilanz der AHV um weitere 1 bis 1,5 Mrd. Fr. Gleichzeitig sollen die Frauen der Jahrgänge 1958 bis 1966 von Ausgleichsmassnahmen profitieren, welche die erste Säule je nach Variante zwischen 400 und 800 Mio. Fr. im Jahr kosten.

Genügen alle diese Reformen, um das Loch bei der AHV zu stopfen? Auch diese Frage hat Hinder Asset Management untersucht. «Bis im Jahr 2027 wären die Ausgaben dank den zusätzlichen Einnahmen gedeckt», sagt Studienautor Robert Leitner, «dann aber rutscht die AHV wieder in die roten Zahlen.» Bis 2045 kumuliert sich das Defizit der ersten Säule gemäss diesem Szenario erneut auf 55 Mrd. Fr. (vgl. Grafik).



Ein höheres Rentenalter hilft der AHV doppelt: Ihre Einnahmen steigen, zudem sinken die Ausgaben.

Die Sanierung der AHV ist also noch lange nicht abgeschlossen - getreu dem Motto «Nach der Reform ist vor der Reform». Und der Spardruck wird nicht geringer, wie die Projektionen verdeutlichen: Demnach braucht es ab 2028 eine weitere schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,5% oder einen Anstieg der Lohnbeiträge um rund 1%.

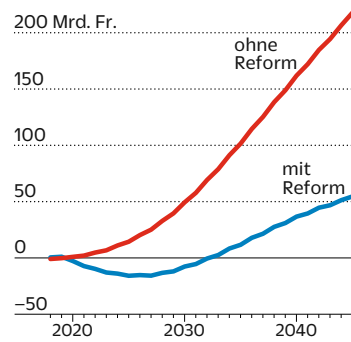
Spätestens dann kann die Politik das heisse Eisen eines höheren Rentenalters nicht mehr auf die lange Bank schieben. Denn die demografische Entwicklung hat zur Folge, dass der erforderliche Schritt umso drastischer ausfällt, je später dieser kommt. Zum heutigen Zeitpunkt wäre noch ein

Rentenalter 67 ausreichend, ohne dass es daneben höhere Steuern braucht. Wartet die Politik dagegen bis im Jahr 2045, so müsste das Pensionierungsalter bereits auf 69 Jahre steigen, um auch die aufgelaufenen Fehlbeträge aus den Vorjahren zu finanzieren.

Den Kopf in den Sand zu stecken, ist bei der ersten Säule mit Sicherheit das falsche Rezept. Je früher die Sanierung beginnt, umso besser. Zwar streiten die Parteien intensiv darüber, welche Massnahme nun die bessere sei. Entscheidend ist letztlich aber, dass die AHV überhaupt reformiert wird. Eine politische Blockade würde dem Sozialwerk am allermeisten schaden.

Ohne Reform droht ein Fiasko

Kumuliertes Defizit der AHV ohne beziehungsweise mit den geplanten Reformen



Quelle: Hinder Asset Management

Philippe Gaydoul verkauft Navyboot-Schuhläden

Anfang nächste Woche erhält Navyboot neue Eigentümer.

Die Gaydoul Group veräussert ihr Schuhgeschäft nach zehn schwierigen Jahren.

Ueli Kneubühler

Nach mehreren Ladenschliessungen haben sich die Anzeichen verdichtet, dass bei Navyboot Veränderungen anstehen. Nun wird es offiziell: Anfang nächste Woche verkauft Philippe Gaydoul seine Modemarke Navyboot. Das weiss die «NZZ am Sonntag» aus sicherer Quelle. Eine Navyboot-Sprecherin wollte auf Anfrage «keine Gerüchte» kommentieren.

Gaydoul hat über die Jahre immer mal wieder Kaufangebote erhalten, auch und vor allem aus Fernost. Wer nun zugreift, ob ein nationaler oder internationaler Player, ist nicht bekannt. Dem Vernehmen nach soll der Käufer aber zumindest nicht aus China

stammen. Denner-Erbe Gaydoul hat Navyboot vor zehn Jahren von den Gebrüdern Bencivenga für geschätzte 100 Mio. Fr. übernommen. In der Zwischenzeit soll er mehr als 60 Mio. Fr. in das Geschäft mit Schuhe und Mode investiert haben. Wirklich glücklich geworden ist er mit Navyboot nicht. Die Marke pendelte zwischen Luxus und Mittelklasse, richtete sich mehrmals neu aus, bis am Ende nicht mehr klar ersichtlich war, wofür sie stand.

Zudem hat Gaydoul Navyboot zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt übernommen. Der Modebranche brechen seit Jahren die Umsätze weg, und die Kunden wandern zu Onlinehändlern wie Zalando ab. Erst vor kurzem verabschiedete sich OVS, die Nachfolgefirma von Charles Vögele, aus dem Markt. Und Ende Mai ging Vögele Shoes an die polnische CCC Group. Die Polen bezahlten für einen Anteil von



Navyboot-Filiale in Zürich. (25. 8. 2018)

70% gerade einmal 10 Mio. Fr., übernahmen aber auch die Schulden. Vögele Shoes hat im letzten Jahr immerhin 172 Mio. Fr. umgesetzt. Das zeigt die schwache Verfassung des Schuhgeschäfts.

Gaydouls Verhandlungsposition ist also alles andere als optimal. Navyboot ist mit einem Um-

satz von geschätzt rund 70 Mio. Fr. wesentlich kleiner als Vögele Shoes. Er vor wenigen Wochen hat Navyboot zudem die Kooperation mit Karstadt in Deutschland beendet. Ob Navyboot Gewinn schreibt, kommentierte Gaydoul zuletzt nicht mehr. Zu oft wurde er an seinen Prognosen gemessen. Der ehemalige Den-

ner-Chef hat einen Verkauf seiner Schuhmarke nie kategorisch ausgeschlossen. In einem Porträt des Wirtschafts magazins «Bilanz» sagte er vor vier Jahren: «Anfragen treffen immer mal wieder ein. Wenn jemand 500 Millionen bietet, dann verschliesse ich mich nicht», kokettierte er. Sofern der Preis stimmte, war der Verkauf also immer eine Option.

Aber er schien die Beteiligung Navyboot auch zunehmend als Ballast zu empfinden, wie er vergangenen Oktober in der «NZZ am Sonntag» durchblicken liess: «Ob ich Navyboot nochmals kaufen würde? Die Welt hat sich dramatisch verändert», sagte Gaydoul. «Das haben weder wir noch sonst jemand kommen sehen.»

Die Familie Gaydoul hatte 2007 Denner an die Migros verkauft und sich dann ein Portfolio mit Luxusmarken aufgebaut. Neben Navyboot kaufte Gaydoul 2009 die Strumpfmarke Fogal,

2010 folgte die Modemarke Jet-set. Fogal hat er vor gut drei Jahren verkauft, das Jet-Set-Ladennetz ausgedünnt.

Finanziell dürfte Gaydoul an Navyboot keine Freude gehabt haben. Nach aussen ist die Schuhmarke zwar seine bekannteste Beteiligung. Sie ist allerdings eine eher kleinere in seinem Portfolio. Viel wichtiger sind die gut 25 Liegenschaften, teilweise an besten innerstädtischen Lagen, etwa an der Zürcher Fortunagasse oder ein Geschäftshaus beim Bahnhof in Zürich. Vor gut zwei Jahren hat er seine bekannteste Immobilie, das Franz-Carl-Weber-Haus an der Zürcher Bahnhofstrasse, für geschätzte 230 Mio. Fr. an den Versicherer Swiss Life verkauft.

Beteiligt ist die Gaydoul Group auch mit 9,5% an der Helvetischen Bank. Die Gruppe ist zudem in rund einem Dutzend Jungunternehmen investiert.